

Energie

Die Klimapolitik lastet auf dem Geldbeutel der Bürger. So sind die Energiepreise im Januar im Durchschnitt um 5,3 Prozent gestiegen. Ein Auslöser war die neue CO₂-Abgabe für Heizen und Verkehr. Der Liter Benzin verteuerte sich beispielsweise um sieben Cent, der Liter Diesel um acht Cent. Bis 2025 steigt der Preis für eine Tonne CO₂ schrittweise weiter von 25 auf 55 Euro. Deutschland muss bis zum Jahr 2050 treibhausgasneutral werden. Ob die bisherigen Maßnahmen dafür ausreichen, ist umstritten. Gleichzeitig ist der Widerstand in der Wirtschaft hoch. Die Unternehmen fordern eine Senkung der Strompreise. Dabei geht es auch um Zusatzkosten wie die EEG-Umlage, die jeder Verbraucher pro Kilowattstunde für die Förderung von Ökostrom zahlt.

AfD: Die Partei lehnt den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung ab. Jegliche Form der CO₂-Besteuerung gehört abgeschafft. Zudem ist das Pariser Klimaschutzabkommen zu kündigen, das Erneuerbare-Energien-Gesetz ersatzlos zu streichen. Die verbliebenen Atomkraftwerke sollen weiterlaufen. Elektromobilität und Wasserstoffwirtschaft dürfen nicht besonders gefördert werden.

FDP: Die Liberalen wollen das Klima durch neue Technologien statt Verbote schützen. Der Emissionshandel ist dafür das entscheidende Instrument, er soll möglichst schnell auf alle Sektoren und Regionen ausgeweitet werden. Die EEG-Umlage gehört abgeschafft, das Tempo beim Ausbau der Wasserstoffwirtschaft, synthetischen Kraftstoffen und Energiespeichern muss erhöht werden.

Grüne: Der Emissionshandel in seiner bisherigen Form wird nicht reichen, um die Klimaziele zu erreichen, sagen die Grünen. Der CO₂-Preis muss bereits 2023 auf 60 Euro steigen statt 2025 auf 55 Euro. Weitere Forderungen sind: Kohleausstieg schon bis 2030 statt 2038, eine Million neue **Solardächer** in vier Jahren, beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Bau von Windkraftanlagen.

Linke: Der Kohleausstieg soll schon bis 2030 statt 2038 erreicht werden, 2035 der Ökostromanteil bei 100 Prozent liegen. Für niedrigere Endkundenpreise will die Partei erneuerbare Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt über die EEG-Umlage fördern. Auch die Stromsteuer wird gesenkt. Zudem ist eine Öko-Abwrackprämie für alte Haushaltsgeräte geplant.

SPD: Deutschland soll seinen Strom bis 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Um den Einsatz im Verkehr und beim Heizen zu unterstützen, wird die EEG-Umlage bis 2025 abgeschafft. Die SPD will zudem auf jeden Supermarkt, jede Schule und jedes Rathaus eine Solaranlage setzen. Auch Wasserstofftechnologie soll gefördert werden und so die Industrie unterstützt werden.




Quelle:	Welt am Sonntag, 18.04.2021, Nr. 16, S. 32
Ressort:	Wirtschaft
Rubrik:	WIRTSCHAFT
Dokumentnummer:	177175593

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_fdab5806eae737743e5dcd4a8053065d7ac39caa

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH